3. Jahrgang / Nr. 206

Einzelnummer 25 Pfg.

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 25 Pfg. Durch Austräger 1,50 Mk. für die Woche, 6,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 6,10 Mk. für den Monat.
Postscheckkonto Nr. 28 885. „Sozialistischer Verlag e.G.m.b.H." Breslau.
Fernsprech-Anschluß: Ring Nr. 8387.

Donnerstag, 15. September 1921

Anzeigenpreise: Die 8gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 0,80 Mk., auswärts 0,90 Mk. Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 0,40 Mk. Reklame: Die Millimeterzeile, 3gespalten oder deren Raum im Text 8.— Mk.

Das Proletariat hat das Wort!

In gewaltigen Demonstrationen hat die deutsche Arbeiterschaft bewiesen, daß sie zum Kampf gegen die Reaktion unüberwindliche Streitkräfte zu stellen willens und imstande ist. Die an vielen Orten des Reiches zum Kampfe geeinte Arbeiterschaft stellte gemeinsame Ziele auf. Die sozialdemokratischen Arbeiter und auch sozialdemokratische Führer schworen: keinen Frieden, bevor nicht jede reaktionäre Gefahr beseitigt ist, ganze Arbeit! Es blieb bis jetzt bei Demonstrationen. Die spontan in ungeheurer Zahl gestellten Arbeitertruppen wurden von ihren Führern gegen den Feind nicht eingesetzt. Die sozialdemokratischen Führer verstanden es, trotz allem Drängen der Arbeiter, diese zurückzuhalten und der Regierung den Kampf gegen die Reaktion zu überlassen.

Die Regierung brachte den Arbeitern Niederlage auf Niederlage. Die Regierungsverordnung, reaktionären Beamten zur Ausführung überlassen, richtete sich gegen die Arbeiterschaft statt gegen die Reaktion. Kahr versuchte dem ganzen Reich sein System aufzuzwingen. Es gelang ihm nicht auf den ersten Anlauf. So trat er zurück, nur noch von der bayerischen Mittelpartei, die Vertreter der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei umfaßt, gestützt. Die Bayerische Volkspartei, der Kahr angehört, trat gegen ihn auf. Ein großer Teil der sozialdemokratischen Presse im Reich stimmte darüber ein Siegesgeschrei an. Ein Teil, vor allem die bayerische sozialdemokratische Presse betonte aber, daß mit dem Rücktritt Kahrs noch nichts erreicht sei! „Die demokratische Republik ist damit noch nicht gesichert, die Aufhebung des Belagerungszustandes noch nicht durchgesetzt." Die Deutschnationalen gaben den Kampf um das Kahrsche System und um die Erhaltung Kahrs selbst mit dem Rücktritt Kahrs noch nicht auf. Seit seinem Rücktritt haben sie auch einen solchen Stimmungsumschwung in der Bayerischen Volkspartei zu erzeugen vermocht, daß diese in ihrem offiziellen Organ Kahr weiter ihres vollsten Vertrauens versichert und zusammen mit den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei die Rückberufung Kahrs verlangt.

Unter dem Druck der Reaktion erklärte sich das gesamte bayerische Kabinett solidarisch und trat ebenfalls zurück.

Bis zur Bildung eines neuen Ministeriums werden die Geschäfte weiter vom alten geführt. Das neue Ministerium soll vom bayerischen Landtag, der in den nächsten Tagen zusammentreten soll, gebildet werden. Von vornherein verfügt Kahr über eine große Anzahl Anhänger in diesem Landtag. Die Frage ist aber nicht, ob Kahr wieder Ministerpräsident wird oder nicht. Die Frage ist:

Bleibt das Kahrsche System oder nicht?

Kahr als Person ließ sich mit parlamentarischen Mitteln beseitigen. Das Kahrsche System, worauf es einzig und allein ankommt, ist mit parlamentarischen Mitteln nicht zu beseitigen. Die Entwaffnung der legalen und illegalen Organisationen der Reaktion, die Entfernung der reaktionären Beamten, alle die von der Arbeiterschaft aufgestellten Ziele, werden auch von der neuen, vom durch und durch reaktionären bayerischen Landtag gewählten Regierung nicht durchgeführt werden.

Was die Arbeiterschaft durchsetzen muß, das ist die Beseitigung des Kahrschen Systems in Bayern und im Reich. Denn im ganzen Reich macht es sich breit. Es ist verbrecherisch, heute schon die Vorgänge im bayrischen Ministerium der Arbeiterschaft als einen großen Sieg des Proletariats, als eine große Niederlage der Reaktion hinauszuposaunen und damit die Arbeiterschaft in Sicherheit zu wiegen. Sie hat allen Grund, wie auch die Münchener Sozialdemokraten es fordern, zu wachen und in höchster Bereitschaft zu stehen.

Noch sind die Kräfte der Arbeiterschaft nicht zur Durchsetzung ihrer Ziele eingesetzt worden. Die einheitlich in den ersten Tagen der Erregung nach der Ermordung Erzbergers aufgestellten Forderungen werden von einem großen Teile der sozialdemokratischen Führer, von der sozialdemokratischen und unabhängigen Presse wieder totgeschwiegen oder verhöhnt. Man verzichtet auf sie, ohne jeden ernsthaften Versuch, sie durchzusetzen.

Ob Kahr bleibt oder nicht, das Kahrsche System muß fallen! Die Arbeiterschaft will es, die Arbeiterschaft ist zur Durchführung dieses Willens fähig. **Sie darf sich nicht in Sicherheit wiegen lassen, sie darf nicht demobilisieren. Noch ist das Schandsystem der Kahr-Pöhner in voller Wirksamkeit. Noch ist auch nicht ein einziger Stein gelockert aus der Bastille der Konterrevolution Bayern. Ein vor den Massen zu sehr kompromittierter Vorposten der Gegenrevolution ist geschickt zurückgezogen worden; das ist alles. Dieses Scheingefecht, dieses Rückzugsmanöver des bayerischen Orgesch-Kabinetts hat den Zweck, die Arbeiter abzulenken von dem geschlossenen Aufmarsch der Orgeschformationen im ganzen Reich, ihn zu verdecken. Das Proletariat hat heute mehr denn je die Aufgabe, wachsam zu sein und seinem Gegner auf die Fäuste zu schauen. Höchste Bereitschaft, das ist das Gebot der Stunde.**

Bayern und der Ueberwachungsausschuß.

In der Montagssitzung des Ueberwachungsausschusses des Reichstages kennzeichnete Abg. Beverle (BVP.) die augenblickliche Lage der bayerischen Krisis. Der Ernst der Situation ergibt sich aus der Tatsache, daß die neuerlichen Münchener Forderungen des ständigen Ausschusses des Bayerischen Landtages von sämtlichen Koalitionsparteien und der Mittelpartei (Deutschnationale Partei) bestellt sind, und daß ihnen selbst die Vertreter der Mehrheitssozialdemokratie nicht widersprochen haben. Es darf in Berlin nicht vergessen werden, daß der übergroße Teil des bayerischen Volkes noch heute den Ausnahmezustand für erforderlich, seine Aufhebung für gefährlich hält. Es empfindet die Inszenierung der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August 1921 einseitig gegen rechts gerichtet, ihren Inhalt überdies für den bayerischen Staat, der bisher in eigenem Recht seinen Schutz fand, verletzend und die ganze Aktion als ein mit den Grundsätzen des Bundesstaates nicht zu vereinbarenden Eingriff in die Polizeihoheit der Länder.

Reichskanzler Dr. Wirth legt dar, daß die Fassung des § 4, wie die Herren aus Bayern, die sie nach München mitgebracht hätten, auf Anregung bayerischer Vertreter zurückgehe, aber in München keine Aufnahme gefunden habe. Die Fassung des Paragraphen lautet:

„Die Verbote und Beschlagnahmungen werden von den Landeszentralbehörden und den von ihnen bestimmten Stellen aus eigener Entschließung oder auf Ersuchen des Reichsministers des Innern erlassen. Glaubt die Landeszentralbehörde einem solchen Ersuchen des Reichsministers des Innern nicht entsprechen zu können, so hat sie dieses spätestens am zweiten Tage nach Empfang des Ersuchens dem Reichsminister des Innern mitzuteilen, der alsdann befugt ist, die Anordnung selbst zu erlassen, deren Durchführung den Landeszentralbehörden obliegt."

Abg. Spahn (Ztr.) beantragt Abbrechung der weiteren Verhandlung wegen des Rücktritts des bayerischen Ministerpräsidenten von Kahr. Man müsse erst den Verlauf der Regierungskrisis abwarten. — Die Abgg. Dittmann (USP.), Dr. Rosenfeld (USP.) und Dr. Herzfeld (Komm.) widersprechen dem Antrage.

Dr. Rosenfeld (USP.): Charakteristisch für die Zustände in Bayern ist eine erst in den letzten Tagen dort vorgenommene Verhaftung eines Abgeordneten der USP. Die bayerische Regierung pfeift also auf die Immunität.

Abg. Dittmann (USP.). Redner schildert die Zustände in München. Von dort will man die monarchistische Reaktion in Preußen wieder einführen. Daher muß die Reichsregierung die Ausführung der Verordnung selbst in die Hand nehmen und Reichskommissare nach München hinsenden. In München besteht eine deutschnationale Mörderclique, auf deren Liste an zweiter Stelle nach Erzberger Dr. Rathenau und an dritter Stelle Dr. Wirth stehe. (Zuruf von den Deutschnationalen: Unerhörte Verleumdung! Der Vorsitzende rügt diesen Zwischenruf.) Auf dem deutschnationalen Parteitag ist die Befriedigung über die Ermordung Erzbergers offen zur Schau getragen worden. (Darauf verlassen die deutschnationalen Abgeordneten den Saal.)

Genosse Herzfeld führte aus, daß die bisherigen Verhandlungen drastisch die Ohnmacht parlamentarischer Verhandlungen beweisen. Die Regierung sei in den bisherigen Verhandlungen mit Bayern so weit gegangen, daß sie es auch gesetzlich in die Verordnung hineinschreiben wolle, daß die bayerische Regierung dem Ersuchen der Reichsregierung auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten nicht nachzukommen brauche, und daß sie dann nur das Recht haben, nicht durch ihre eigenen Organe, sondern durch die bayerische Polizei das Verbot einer Zeitung oder einer Versammlung durchzuführen. Auch das wollten die bayerischen Machtgeber nicht annehmen. Sie wollten auch die Exekutive der Reichsgewalt gänzlich ausschalten, sie wollten durch die Verordnung des Reichspräsidenten selbst ausgesprochen haben, daß die Reichsgewalt vor Bayern halt machen müßte, und demgegenüber erklärte der Reichskanzler, daß er mit Bayern zu einer Verständigung kommen würde. Das bedeutet in der Praxis das völlige Versagen der Reichsgewalt Bayerns gegenüber und Stärkung der bayerischen Konterrevolution. Ob der alte Ministerpräsident Kahr oder Pöhner heiße, mache keinen Unterschied. Die reale konterrevolutionäre Macht, deren ausführende Organe diese Herren seien, sei der wahre Gegner. Dieser müsse gebrochen werden. Solange dies nicht geschehen ist, gebe es keine Ruhe mit Bayern. Die Entente, nicht die Reichsregierung hat diese Macht bezüglich der Herabsetzung der Reichswehr und der Einwohnerwehr gebrochen. Wenn aber der Reichskanzler seine reale Macht, die Reichswehr nicht in Bewegung setzen kann, so gebe es nur eine reale Macht, die die bayerische monarchistische Konterrevolution bezwingen kann, die organisierte Arbeiterschaft. Diese Macht kann eingesetzt werden. Nur kurze Zeit braucht sie, Bayern wirtschaftlich lahm zu legen, und die bayerische Reaktion liege am Boden. Der Reichskanzler möge fest bleiben. Wenn Bayern die Dinge auf die Spitze treibe, müsse diese Gewalt einsetzen, möge es die Reichsregierung wünschen oder nicht.

Der Hunger in Rußland und die kapitalistische Welt.

Von Karl Radek.

I.

Das russische Volk wurde heimgesucht durch ein großes Unheil in dem Moment, wo es nach der Besiegung der Heere der Konterrevolution und nach der Aufhebung der Blockade daran ging, seine zerrüttete Wirtschaft von neuem aufzubauen. Die Hungersnot, die das Wolgagebiet, das ein Drittel des Getreides zur Ernährung der Revolution lieferte, ereilt hat, ist ein Resultat eines natürlichen Ereignisses, der Dürre. Abergläubische Bauern setzen die Dürre aufs Konto des lieben Herrgott. Die mehr aufgeklärten kapitalistischen Zeitungen des Westens machen für die Dürre die Bolschewiki verantwortlich. Nun, das eine wie das andere ist ganz gewiß nicht richtig.

Wenn aber durch die Anklagen gegen die Bolschewiki gesagt werden soll, daß „der Bürgerkrieg und die Revolution die Wirtschaft Rußlands zerrüttet haben" — weshalb die Folgen der Dürre viel schwieriger zu überwinden sind — so ist damit nur die platte Wahrheit gesagt, daß jeder Krieg die Wirtschaft zerrüttet. Diese Wahrheit muß nur dahin ergänzt werden, daß erstens der Bürgerkrieg eine **Folge des glorreichen imperialistischen Weltkrieges** war, über dessen Schuldige man verschiedener Meinung sein kann, ohne über einen Punkt in Streit zu geraten: daß die Sowjetregierung schon deshalb nicht zu ihnen gehören kann, weil sie bei Ausbruch des Krieges noch nicht existierte. Und was den Bürgerkrieg anbetrifft, so war er, wie bekannt, ein Resultat der Tatsache, daß, als die überwiegende Mehrheit des russischen Volkes — eine Mehrheit, wie sie niemals in der Geschichte so einmütig hinter einer Regierung stand — im November des Jahre 1917, unfähig zur weiteren Kriegsführung und unwillig, ihr Blut zu vergießen für die Interessen der Washingtoner, Londoner und Pariser Börsen, die Regierung Kerenski wie einen faulen Pilz zertrat und sich eine eigene Regierung bildete, eine Regierung der Bauern und der Arbeiter, — da wollten die bisher herrschenden Klassen, da wollte das Kapital der Entente, da wollte das deutsche Kapital es nicht zulassen, daß diese Arbeiter- und Bauernregierung Rußland Brot und Frieden gebe. Die Mächte des Weltkapitals und die russische Bourgeoisie überzogen Rußland mit dem Bürgerkriege. Sie führten diesen Krieg in einer Weise, die in erster Linie auf die vollkommene Zerrüttung der Wirtschaft, auf die Vernichtung der Transportwege berechnet war. **Der Hunger, den jetzt die Alliierten als Resultat der Wirtschaft der Bolschewiki darstellen, war von ihnen von vornherein auserwählt, als ihr nächster und ihr bester Verbündeter.** Vom Moskauer Textilbaron Rjabushinski stammt das im Sommer des Jahres 1917 geprägte Wort: **Des Hungers knochige Hand wird ihnen Raison beibringen!** Und damit diese Hand möglichst schnell sich einkralle in den Hals und die Brust des russischen Volkes, organisierte der französische Botschafter Noulens den Aufstand der ukrainischen Rada, die Sowjetrußland von dem ukrainischen Brot trennen sollte, und er organisierte den Aufstand der Tschecho-Slowaken, damit sie Sowjetrußland von dem sibirischen Getreide trennen, und er suchte im August 1918 die Brücken bei Petrograd zu sprengen, um dieses damals so stark schlagende Herz der russischen Revolution zu lähmen. Und die Vertreter ihrer Majestät des englischen Königs und des englischen Kapitals, die Herren Lockart und Lindley gaben ihrer Regierung den Rat: **Treat them as Parias!, behandle sie wie Aussätzige!** Die humanitäre englische Regierung, die sogar die Nacktheit der Wilden zudeckt mit Kattun aus Manchester, und die Kriege geführt hat, um nur dem chinesischen Volke zum Genusse des Opiums zu verhelfen, sie verhängte die Blockade über Sowjetrußland, um ihm wirtschaftlich den Genickfang zu erteilen.

Während die Kanonen Denikins das Donez-Kohlenbecken verwüsteten, während englische Truppen das Petroleumzentrum Baku verwüsteten, während Koltschak die Eisenindustrie des Urals verwüstete, — mit Unterstützung des Herrn Lesly Urquard, dessen Fabriken dabei nicht wenig litten und der jetzt dafür die Sowjetregierung verantwortlich macht — mußte die blockierte Sowjetregierung alle Mittel anwenden, um die Rote Armee zu ernähren und auszurüsten. Die ganze Industrie des Landes war eingestellt auf die Produktion der Waffen und anderer Ausrüstungsgegenstände. Aber die Sowjetregierung hat den Fehler begangen — behaupten die gestrengen Richter —, daß sie die Lehren von Adam Smith vergaß, und Getreide von den Bauern nahm, ohne ihm Aequivalente in Industriewaren zu liefern, wodurch sie Ansporne für die Intensivierung seiner wirtschaftlichen Tätigkeit ausschaltete. Aber würde die russische Sowjetregierung nicht nur die Lehren von Adam Smith, sondern aller andern Heiligen der Londoner City hundertmal mehr in Ehren halten, als es die Weisen von Versailles tun, alle diese Lehren waren unnütz angesichts der einfachen Tatsache, daß Sowjetruß-

land eine Millionenarmee ausrüsten und ernähren mußte in einem wirtschaftlich zerrütteten Lande. Wir haben das Land ausgeplündert, um imstande zu sein, über die Weißen zu siegen, sagte Trotzki auf dem neunten Kongreß der Kommunistischen Partei Rußlands im März des Jahres 1920. Und er hat die nackte Wahrheit gesagt. Wir waren nicht imstande, das Leben von Hunderttausenden von Arbeitern und Millionen von Bauern zu schonen. Wenn wir Rußland retten wollten vor der Wiederkehr der weißen Ausbeuter und Plünderer, durften wir nicht Halt machen vor der Zerrüttung der Volkswirtschaft. Sie war der Preis des Sieges. Wenn die kapitalistische Presse uns vorhält, daß die Not in Rußland ein Resultat unserer Politik ist, so antworten wir ihr: die Not ist das Resultat eurer Politik, der von euch organisierten Intervention und des von euch bis heute unterstützten Bürgerkrieges. Das Resultat unserer Politik ist, daß wir in unserer Not trotzdem als unabhängiger Staat und nicht als eine Kolonie dastehen, was euch nötigt, unser Elend zu fürchten.

Politische Uebersicht.

Die Mörder Erzbergers festgestellt!

(DA.) Berlin, 13. September.

Wie die „Dena" zuverlässig erfährt, können die Mörder Erzbergers der Person nach nunmehr als festgestellt gelten. Die vom Berliner Polizeipräsidium fieberhaft fortbetriebenen Ermittelungen in der Mordsache Erzberger haben die Verdachtsmomente gegen zwei Münchener Studenten so weit verdichtet, daß über ihre Täterschaft ein Zweifel kaum mehr obwalten kann. Sofern sich die Täter noch im Reichsgebiet aufhalten (!), darf daher erwartet werden, daß es ihrer habhaft zu werden noch gelingt. Weiteres kann im Augenblick mit Rücksicht auf den Fortgang der Ermittelungen nicht gesagt werden.

(DA.) München, 13. September.

Der Münchener Korrespondent der „Dena" drahtet: Die von Offenburg nach München entsandten badischen Kriminalbeamten haben dort Haussuchungen vorgenommen und in einem Hause der Maximilianstraße schwerbelastendes Material vorgefunden, auf Grund dessen die Urheber der Mordtat an dem Abgeordneten Erzberger festgestellt werden konnten. Es sind dies der am 20. Juli 1893 in Saalfeld an der Saale geborene Kaufmann Heinrich Schulz, der Sohn eines Arztes, und der aus Köln-Lindenthal gebürtige frühere Seeoffizier, jetzt stud. jur. Heinrich Tillessen. Schulz soll die tödlichen Schüsse auf Erzberger abgegeben haben. Die Beiden sind, wie verlautet,

Angehörige der Brigade Ehrhardt.

Die Annahme ist nicht von der Hand zu weisen, daß die Beiden auch mit der Mordtat an dem Abgeordneten Gareis in Zusammenhang zu bringen sind.

Die Deutschnationalen gehen zur Offensive über!

In Berlin im Kriegervereinshaus in der Chausseestraße fand eine Versammlung des Landesverbandes Berlin der Deutschnationalen Volkspartei im Anschluß an den Parteitag statt, in der der Parteivorsitzende Staatsminister Hergt über die politische Lage sprach. Seine Ausführungen zeigen, daß die Gefahr der Reaktion nicht gebannt ist, sondern von Tag zu Tag größer wird. Er sagte unter anderem:

Als unsere Abordnung beim Reichskanzler war, um wegen der Regierungsaktion gegen uns Einspruch zu erheben, leitete der Reichskanzler seine Ausführungen mit dem „Schlagwort der zweiten Revolution" ein. Er sagte: „Als Erzberger ermordet wurde, standen wir vor der zweiten Revolution und sie, dessen bin ich sicher, wäre blutiger geworden, als die erste. Sie, die Deutschnationalen, waren in höchster Gefahr." (Ohorufe.) „Deshalb mußte die Regierung eine Verordnung zu Ihrem Schutze erlassen." (Lachen.) Da darf ich wohl sagen: Gott schütze uns vor unseren Freunden! (Stürmischer Beifall.) Wir bedanken uns für diese Fürsorge. Wir wären mit der zweiten Revolution fertig geworden, wenn nur die Regierung nicht auf den Plan getreten wäre. Die nationalen Feiern brachten ein Wiedererwachen des nationalen Gedankens. Der Frontkämpfertag erweckte die Begeisterung wieder, nach der unser Volk sich sehnt. Hier trat eine nationale Kraft zutage. Durch den Erzbergermord bildete sich eine Phalanx gegen die Deutschnationale Partei. Die große Hetze gegen rechts setzte ein, die von der Regierung organisiert wurde. Die Reden des Reichskanzlers gaben die allgemeinen Direktiven, und so mußte es zu Gewalttaten kommen.

In Deutschland gab es nur eine Regierung der Ordnung, nämlich in Bayern. Und sie war unser Schutz. (Langanhaltender Beifall.) Die bayerische Regierung machte uns die Tagung in München möglich, auf der wir uns der Defensive zur Offensive übergehen konnten.

Wir haben die Regierungsverordnung und ihre verfassungswidrigen Bestimmungen bekämpft. Wir haben die bayerische Frage in den Vordergrund gestellt und wir sind der Regierung gegenüber zum Teil mit unseren Forderungen durchgedrungen. (Beifall.) Die Zeitungsverbote mußten zum größten Teil wieder aufgehoben werden. Die Regierung war sich wohl darüber klar, daß die von ihr erlassene Verordnung sich auch den Kommunisten gegenüber anwenden ließe.

Die bayerische Frage, die seit 14 Tagen das deutsche Volk bedrückt, die Sorge, ob Deutschlands Einheit infolge der Dickköpfigkeit der Reichsregierung in die Brüche gehen werde, muß endlich beseitigt werden. Denn die Gefahr des Reichszerfalles ist größer als je.

Einmal wird der Tag kommen, wo wir wegen eben dieser Regierungsverordnung vor einer Regierungskrise, vielleicht vor einem Regierungssturz stehen werden. Die Deutsche Volkspartei hat in letzter Zeit vielfach mit der Politik der Mitte (Zuruf: „Schaukelpartei!") geliebäugelt. Ich glaube sagen zu können, daß diese Ansicht überwunden ist. In der Auffassung der beiden Rechtsparteien besteht jetzt kein grundsätzlicher Unterschied mehr. Sie stehen beide auf dem Boden der Verfassung. Aber sie lehnen es ab, sich ihre monarchistischen Ideale nehmen zu lassen. Und ich bin überzeugt, daß der Druck der Tatsachen zwischen beiden Parteien eine innige Gemeinschaft bringen wird. Wir können nicht noch 10 Jahre warten. Wir wollen endlich eine wirklich starke Politik. Und deshalb muß der Kampf um die Weltanschauungen ausgetragen werden. Wir wollen von dem roten Druck befreit werden, der auf Berlin lastet. Das ist jetzt die Aufgabe der Stunde.

Die sächsische „sozialistische" Regierung kapituliert vor der Reaktion.

Die einseitige und ungerechtfertigte Handhabung der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August d. J. hatte der Deutschen Volkspartei Veranlassung gegeben, die Einberufung des Vertretungsausschusses des Landtages zu fordern. Dieser befaßte sich am Montag mit den hierzu vorliegenden Angelegenheiten. Die Regierung erklärte sich bereit, die Verordnung des Reichspräsidenten

gleichmäßig und gerecht gegen alle Parteien anzuwenden

und der Ausschuß nahm einen darauf abzielenden Antrag gegen die Stimmen der Kommunisten an. Eine weitere Anregung, die Regierung möge Versammlungen und Veranstaltungen gegen den Terror der Straße schützen, wurde ebenfalls mit Mehrheit angenommen, nachdem die Regierung sich zu entsprechenden Maßnahmen bereit erklärt hatte. Ein Antrag der Deutschen Volkspartei, die Anweisung an die Polizeibehörden, wonach alle Regimentstage und sonstigen militärischen Veranstaltungen verboten werden sollen, zurückzuziehen, wurde mit Mehrheit abgelehnt. Die Regierung wird aber die Angelegenheit nochmals prüfen und

erklärte sich dem Ausschuß gegenüber bereit, in Zukunft nicht jede Versammlung von Militärpersonen ohne weiteres zu verbieten.

Ein sozialdemokratischer Minister terrorisiert Arbeiter ein, weil sie am Streik teilnahmen.

Triumphierend berichtet die deutschnationale Presse Mecklenburgs, daß in der Gegend von Prietzier nunmehr wieder vier Landarbeiter verhaftet worden sind. Damit sitzen jetzt insgesamt

über 20 Landarbeiter aus der Umgegend von Pritzier hinter Gefängnismauern.

Grund der Verhaftung ist die

Teilnahme am Landarbeiterstreik.

So sieht der Kampf gegen die Reaktion aus, den der Sozialdemokrat Stelling führt. Die deutschnationalen und volksparteilichen Mörder des Arbeiters Jahnke laufen noch immer unbestraft herum, während Stelling seine Parteigenossen verhaften läßt, wenn sie streiken. Ihm ist eben die Freundschaft seines volksparteilichen Regierungskumpanes Reinicke—Bloch mehr wert als die der Arbeiter.

Dringende Hilfe für die Vervollständigung des ersten Hilfsschiffes

Das Komitee „Arbeiterhilfe" hat im Einverständnis und in Gemeinschaft mit den Auslandskommissionen beschlossen, das erste Hilfsernährungsschiff für die Hungernden in Sowjetrußland Ende September abgehen zu lassen. Das Schiff wird u. a. ein transportables Lazarett an Bord haben, das 200 Kranke aufnehmen und verpflegen kann. Zur Vervollständigung des Lazaretts wird noch ein Teil Gebrauchsgegenstände: Tragbahren, Liegestühle, Decken, Betten, Krankenkleider und andere Kleider, Schuhe usw., ebenfalls die Materialien zu einer dem Lazarett angegliederten Waschanstalt, Schneiderei und Schuhmacherwerkstatt gebraucht. Ebenfalls benötigt werden Teller, Feldkessel mit Gestell, Trinkbecher, Werkzeug (Aexte, Sägen, Schaufeln, Nägel), besonders notwendig noch einige Lastautos, ein Kranken- und Personenwagen.

Wir richten an die Betriebsräte der in Betracht kommenden Großfirmen die dringende Aufforderung, sofort von ihren Direktoren zu verlangen, ihnen die hier aufgezählten Gegenstände entweder kostenlos oder zu Ausnahmepreisen für diesen Zweck zu überlassen.

Dem unterzeichneten Komitee bitten wir auf schnellstem Wege von dem Erfolg ihrer Bemühungen Mitteilung zu machen.

Komitee „Arbeiterhilfe für Sowjetrußland",
Berlin C 54, Rosenthaler Straße 38.

Die Frankfurter Sozialdemokraten verlangen, daß die Regierung handelt.

Der große Vertrauenskörper der Sozialdemokratischen Partei Groß-Frankfurts faßte am Freitag einstimmig folgenden Beschluß:

„Die Vertrauensleute der SPD. Groß-Frankfurts fordern den sofortigen Austritt der Sozialdemokratie aus der Reichsregierung, falls nicht mindestens unverzüglich folgende Forderungen erfüllt werden:

1. Aufhebung der bayerischen Bestimmungen über den Ausnahmezustand.
2. Entlassung aller monarchistischen Offiziere der Reichswehr.
3. Beteiligung des Reichs am Eigentum aller industriellen und kommerziellen Großbetriebe sowie am landwirtschaftlichen Großgrundbesitz.
4. Bildung eines mit dem Reichskabinett konformen Ministeriums in Preußen."

Was werden diese SPD.-Funktionäre und jene SPD.-Arbeiter, die hinter ihnen stehen, tun, wenn ihre Forderungen nicht erfüllt werden? Was werden sie tun, wenn die SPD.-Führerschaft trotz Nichterfüllung dieser Forderungen in der Regierung bleibt und sich weiter zum Büttel der Bourgeoisie hergibt?

Eine USP.-Zeitung gegen Grodnauer.

Das unabhängige Organ für Südwestdeutschland, das „Volksrecht", schreibt unter der Spitzmarke „Die Wahrung des Gesichts":

„Zum Verbot des Frankfurter „Kommunist" schreibt die „Deutsche Tageszeitung", die mit diesem Verbot natürlich ganz einverstanden ist, daß es, wie die übrigen Verbote kommunistischer Zeitungen, „nur zur Wahrung des guten Gesichts erlassen" sei. Die Bemerkung ist zutreffend. Grodnauer möchte lediglich der Reaktion „Unparteilichkeit" vordemonstrieren, ohne ihr diese glaubhaft machen zu können, wenn er Arbeiterzeitungen strangiert."

Der Volkswohlfahrtsminister befiehlt Lohnabbau.

Die Produktivgenossenschaft Preußisch-Eylau erhielt vom Magistrat Preußisch-Eylau folgendes Schreiben:

„Magistrat. Preußisch-Eylau, den 10. August 1921
Bürgermeister J. Nr. 4233.

Der Minister für Volkswohlfahrt weist darauf hin, daß bei Ausführung von aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge geförderten Notstandsarbeiten stets für genügenden Anreiz zur Aufnahme anderer, in Industrie, Handel, Landwirtschaft usw. vorhandener Arbeit zu sorgen ist.

Dies hat durch Zahlung von Löhnen unter ortsüblichem Tarif zu geschehen.

Sie werden gebeten, hierzu mitzuteilen, ob dies bei den Arbeiten für die neuen Straßen der Fall ist.

Gez. Bräuer."

Für „genügenden Anreiz" sorgen heißt die Löhne niedrighalten. Die Rolle, die der Minister für Volkswohlfahrt spielt, bedarf keines weiteren Komentars.

Oltwig von Hirschfeld freigelassen!

„Auf die Beschwerde des Rechtsanwalt Bahn gegen den vom Amtsgericht Oberkirch ergangenen Haftbefehl gegen den ersten Erzberger-Attentäter Oltwig v. Hirschfeld hat die Ferienstrafkammer des Landgerichts Offenburg durch Beschluß vom 9. September den Haftbefehl aufgehoben, und zwar aus folgenden Gründen:

Nach dem Gutachten des Landgerichtes Offenburg selbst steht mindestens die Beihilfe Hirschfelds am Erzbergermord einwandfrei fest. Er hat sich in der Zeit der Tat in der Nähe des Tatortes aufgehalten, er hat Besuch von Personen gehabt, deren Beschreibung mit der der mutmaßlichen Mörder übereinstimmt, er konnte sein Alibi nicht nachweisen — aber er wird freigelassen. Besser konnte nicht mehr bewiesen werden, daß die Gerichte auch diesmal die reaktionären Verbrecher frei ausgehen lassen wollen, und die Regierung, gegen die die Mordtat sich politisch richtete, nicht die Macht oder nicht einmal den Willen hat, ihre Bestrafung zu erzwingen.

Hölz' Behandlung im Zuchthaus.

Justizrat Broh, der sich mit Genehmigung des Justizministeriums zwecks Feststellung der durch die Presse bekanntgewordenen Mißhandlungen und des Gesundheitszustandes von Hölz nach Münster in einem Flugzeug begeben hatte, hat seine Mission erledigt. Er hat durch mehrfache Besprechungen mit Hölz, der Anstaltsleitung, dem Anstaltsarzt, Universitätsprofessor Töppen und anderen Beamten während zweier Tage folgendes festgestellt:

Hölz erträgt die Haft geistig und seelisch so gut, als es nach Lage der Verhältnisse möglich ist. Auch die Anstaltsleitung kann sich weder beschweren über Insubordination, noch über ordnungswidrige Sonderwünsche. Anders steht es jedoch mit seinem körperlichen Befinden. Es wird stark beeinträchtigt durch das Nervenleiden, das er durch Verschüttungen und Verwundung im Kriege sich zugezogen hat. Besonders leidet er an oft unerträglichem Stechen im Schädel, eine Folge des Luftmangels, da er in der Woche nur drei Stunden Bewegung im Gefängnishof hat. Diese Schmerzen machen ihn oft besinnungslos. (Er ist auch schon manchmal zu Boden gestürzt.) Zuweilen lösen diese Schmerzen lautes Sprechen, laute Rufe als Betäubungsmittel aus. Dieses geschah auch eines Abends spät, als alles schlief. (Also keine „Ansprache".) Der Direktor, ein vor kurzem nach Münster versetzter ehemaliger Staatsanwalt, glaubte die Ruhe und Ordnung dadurch herstellen zu können, daß er 4 Aufseher beauftragte, ihn in die feste Zelle, eine Zelle für Tobsüchtige, zu bringen. Als diese 4 Männer plötzlich vor ihm erschienen, weigerte sich Hölz, der nichts Gutes vermutete, mit den Wärtern mitzugehen. Sie schleiften ihn darauf gewaltsam vom 4. Stock hinunter über den Hof in die im Keller belegene Zelle. Hölz hat in einem, in Gegenwart des Justizrats Broh aufgenommenen, sehr ausführlichen Protokoll, die weiteren Vorgänge detailliert dargestellt. Hiernach haben ihn zwei der Beamten durch schwere Schläge mit Schlüssel auf den Kopf usw. mißhandelt und ihm zugleich die Gurgel und den Mund zugehalten. Die Beamten bestreiten die Mißhandlung, deren Spuren durch eine freilich erst 8 Tage später erfolgte ärztliche Untersuchung nicht festgestellt werden konnten. Weit schlimmer aber noch empfand Hölz die darauf folgende Unterbringung in dieser völlig kahlen Zelle, in der weder Bett, Stuhl, Tisch, noch ein Nachtgeschirr sich befanden und in der er diese Nacht vollkommen nackend, in nervösem Schweiß gebadet und vor Kälte zitternd, verbringen mußte. Als Hölz dem Aufseher dieser Zelle durch die Tür sagte, man solle ihn doch lieber totschlagen, erwiderte dieser: „Nein, selbst sollst du dich aufhängen, du Lump! Du hast im Gefängnis einem Aufseher die Augen ausgestochen!" Erst die darauffolgende Nacht bekam er eine Matratze, die aber tagsüber fortgenommen wurde. Trotzdem er laut Bestätigung der Anstaltsleitung schon vom ersten Augenblick an sich in dieser Zelle völlig ruhig verhalten hatte, mußte er in ihr 4 Tage und 4 Nächte bleiben. Der Direktor, den er tagelang um Gehör ersuchen ließ, ließ sich nicht sprechen.

Wie vorauszusehen war, bestätigt diese persönliche Aussprache Dr. Brohs mit Hölz das, was wir über die brutale Mißhandlung des Revolutionärs der Arbeiterschaft schon vor Wochen mitteilen konnten.

Während der Orgeschmann, Oltwig von Hirschfeld, auf Grund „nervöser Störungen" aus dem Gefängnis entlassen wird, sperrt dieselbe kapitalistische Klassenjustiz einen proletarischen Kämpfer, dem unter den Nachwirkungen des Stahlbades der Aufenthalt in der dreimal verriegelten Zuchthauszelle zeitweilig zu furchtbarer physischer und seelischer Qual wird, zur „Beruhigung" vier Tage und vier Nächte in eine Isolierzelle für Tobsüchtige!

Das Mindeste, was die Arbeiterschaft im übrigen verlangen muß, ist die sofortige Entfernung und Bestrafung der Wärter, die Max Hölz in der oben geschilderten Weise mißhandelten.

Der Parteitag der KAPD.

Am Sonntag wurde in Berlin der Außerordentliche Parteitag der KAPD. eröffnet, der über das Ultimatum des Dritten Weltkongresses der Kommunistischen Internationale auf Verschmelzung mit der KPD. oder Austritt aus der KI. Beschluß fassen soll. Nach dem Verhalten der Delegierten in Moskau, den Aeußerungen der KAP.-Presse und dem Verlauf der ersten Sitzung des Parteitages kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Führer der KAP. in völliger Verkennung der Bedingungen des proletarischen Befreiungskampfes sich jetzt auch formell außerhalb der Reihen der revolutionären Vorhut des Weltproletariats stellen werden.

Die vollkommene Abgetrenntheit der KAPD. von den Arbeitermassen, ihren Nöten und Kämpfen, kam zum Ausdruck in dem Referat Gerlands über die politische Lage. Kein Wort über die großen Lohnkämpfe, kein Wort über den politischen Vorstoß der Reaktion, kaum ein Wort über die bevorstehende Aufwälzung der Steuerlasten. Statt dessen versuchte der Referent ein allgemeines Bild der Wirtschaftskrise zu geben, wobei er bewußt die Frage, ob es dem Kapitalismus gelingen kann, sich wieder aufzurichten, ausschaltete, die allgemeine Behauptung aufstellte, daß die Kapitalisten gezwungen seien, die Produktion immer weiter einzuschränken und gleichzeitig die Existenz und Entwicklung imperialistischer Konflikte seit dem Weltkrieg leugnete. Aus der neuen Lage, die Gerland in der Herstellung der Solidarität der internationalen

Bourgeoisie erblickt, wollte er die Notwendigkeit neuer Organisationsformen ableiten und erging sich, statt über die politische Lage zu sprechen, in Angriffen auf die Kommunistische Internationale, die dem Opportunismus verfallen sei, und in Ausführungen über die Notwendigkeit der Schaffung einer Kommunistischen Arbeiter-Internationale.

Die Diskussion zeigte, daß eine ganze Anzahl von KAP.-Genossen sich die Beurteilung der politischen Lage nicht so leicht machen. Brandes trat dem Referenten entgegen. Seemann habe über die Kämpfe zwischen den nationalen Kapitalistenklassen und über die Kämpfe zwischen Kapitalisten und Arbeiterklasse überhaupt nicht gesprochen. Die allgemeine Behauptung, daß das Kapital die Produktionsverringerung anstrebt, ist falsch. Die deutschen Kapitalisten suchen jetzt durch Produktionssteigerung und Unterbietung der ausländischen Kapitalisten die Wirtschaftskrise zu überwinden, wozu das Wiesbadener Abkommen zwischen Loucheur und Rathenau ihnen die Handhabe bietet. Das Kapital versucht eine Wiederaufbaupolitik, die wir aufs schärfste bekämpfen müssen, weil sie verbunden ist mit furchtbarer Verelendung des Proletariats. Brandes zog aus seinen Ausführungen keine politischen Folgerungen, die konsequenter Weise in vollem Widerspruch zu denen des Referenten und der gesamten Taktik der KAP. hätten stehen müssen.

Der Bericht vom Weltkongreß, der von Sigrist gegeben wurde, verteidigte die Haltung der KAP.-Delegation in Moskau. Die Delegation habe insbesondere aus der Entscheidung des Kongresses über die Märzaktion sich überzeugt, daß der Reformismus in der Dritten Internationale völlig die Oberhand behalten habe. Die Delegation habe beantragt, daß die KAP. weiter als sympatisierende Partei in der Internationale belassen würde, in der Hoffnung, allmählich eine Opposition zustande zu bringen. Dieser Antrag wurde jedoch abgelehnt. Von der Annahme des Ultimatums kann keine Rede sein, da wir durch den Organisationsapparat der KPD. erdrückt würden. Arendt berichtet ergänzend über die vergeblichen Versuche, auf dem Kongreß eine Opposition im Sinne der KAP. zusammen zu bringen. Dennoch befürwortet auch er die Schaffung einer Kommunistischen Arbeiter-Internationale, die auch die anwesenden Vertreter der „linken" bulgarischen und holländischen komunistischen Gruppen verlangen.

Reichskongreß der Kommunistischen Jugend Deutschlands.

Am Sonnabend, den 10. September, vormittags 11 Uhr, wurde in Halle der Reichskongreß der KJ. Deutschlands eröffnet. Die Begrüßungsrede hielt Genosse Schulz (Berlin). Er gedachte der seit dem achten Kongreß im Kampfe mit der Konterrevolution gefallenen Genossen Kurt Herzau, Bitterfeld; Willy Harzdorf, Halle a. S.; Fritz Sadra, Essen; Julius Graser, Frankenthal, und des verwundeten Genossen Fritz Hoffmann, Halle a. S.

Als Vorsitzende werden dann gewählt: Genosse Harry Kuhn; Genosse Richard Gyptner; Genosse Wiedmeyer. — Als Schriftführer die Genossen König, Kreß und Paul. Genosse Schönlank begrüßt den Kongreß im Namen des Oberbezirks Mitteldeutschland. Dann spricht als Vertrerer des Exekutivkomitees Genosse Jahnke, als Vertreter des schweizerischen Jugendverbandes Genosse Hübler, Zürich, für den österreichischen Jugendverband Herzmann, Wien.

Als Tagesordnung wird dann festgesetzt:

1. Politische Lage (Referent Genosse Hoernle).
2. Bericht vom Weltkongreß der KJI. (Referent Vertreter des EK. der KJI.).
3. Bericht der Zentrale (Berichterstatter Richard Gyptner).
4. Verhältnis der kommunistischen Jugendorganisation zur Kommunistischen Partei (Referent Max Köhler).
5. Wirtschaftlicher Kampf und die Tätigkeit der KJ. in den Gewerkschaften (Referent Karl Adler).
6. Unsere Bildungsarbeit (Referent Edwin Hoernle).
7. Kommunistische Kindergruppen (Ref. Erich Wiesner).
8. Die Organisation der KJ. (Referent R. Gyptner).
9. Anträge — Wahlen.
10. Verschiedenes.

Zum 1. Punkt der Tagesordnung (Politische Lage) erhält der Genosse Edwin Hoernle das Wort.

Zunächst begrüßt er den Kongreß im Namen der Kommunistischen Partei Deutschlands.

Inmitten einer ungeheuer politisch gärenden Zeit sind die Massen des Proletariats erregt aufgestanden zu riesenhaften Demonstrationen. Äußerlich gesehen gibt es den Anschein, als dienen die Demonstrationen als Protest gegen den politischen Meuchelmord Erzbergers und gegen den Ausmarsch der Orgeschformationen. Die Ursachen liegen tiefer, die Massen fühlen instinktiv, daß die Bourgeoisie sie immer tiefer ins Elend stoßen will. Nach den Demonstrationen sehen wir schon, wie die Regierung einschließlich der Demokraten und Sozialdemokraten zunächst ihre Hand über die Orgeschbanden schützend legt.

Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen schilderte Genosse Hoernle die Ereignisse, die sich auf dem Weltwirtschaftsmarkte innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft abspielen und mit ihren Niederungen und Höhungen das Proletariat öfter täuschen. Weiter die politischen Zuspitzungen, die sich zu immer mehr Explosivstoff zusammenballen, um eines Tages mit ungeheurer Gewalt sich auszubreiten, was dann den Zusammenprall mit der Weltbourgeoisie bedeutet.

An Hand ausreichenden Materials wies Genosse Hoernle treffend klar den Zusammenbruch der kapitalistischen Weltwirtschaftsordnung nach. Hieraus die Lehre zu ziehen, ist die Aufgabe der Kommunisten selbst. Der Kongreß der Kommunistischen Jugend wird derartige Fragen und Probleme zu lösen haben. Die Hauptaufgabe ist es, dem Proletariat als leuchtende Flamme voranzuschreiten, es zu erfassen.

Heran an die Massen, Anknüpfung an die konkreten Tagesfragen und Nöte der Arbeiter, dann werden wir auch das Vertrauen des gesamten Proletariats gewinnen und den Sieg davontragen.

Gewerkschaftliches.

Was geht in den Eisenbahn-Betrieben vor?

Wir erhalten folgende Zuschrift:

In den einzelnen Dienststellen geht man systematisch dazu über, alle die Kollegen, insbesondere die Funktionäre und die Betriebsräte, die sich bis jetzt noch ein steifes Rückgrat und Klassenbewußtsein gegenüber der Verwaltung bewahrt haben, durch Subjekte, die sich bei der Verwaltung Liebkind machen wollen, zu provozieren, um sie dann aufs Pflaster werfen zu können. Ein großartiger Trick wird bei dieser Gelegenheit in Anwendung gebracht. Nach dem § 28 l. e. des Reichslohntarifvertrages kann jeder Bedienstete, der einen Vorgesetzten, dessen Stellvertreter oder deren Familienangehörige beleidigt, sofort aus dem Eisnbahndienst fristlos entlassen werden. Der Bedienstete dagegen kann, wenn er von einem Vorgesetzten beleidigt wird, sofort und ohne Kündigung die Arbeit niederlegen (schön, nicht wahr?), oder aber er kann, weil ihn ein Vorgesetzter nicht beleidigen darf, über diesen Beschwerde führen.

Auf keinen Fall aber darf er sich erlauben, dem Vorgesetzten, wenn er von diesem beleidigt wurde, die Beleidigung zurückzugeben. Dadurch würde die Autorität des Vorgesetzten untergraben. (Ganz wie beim Militär.)

Merkst du etwas, dummer Eisenbahner? Nun denke dir doch einmal die Konsequenz aus. Da ist nun ein so niederträchtiger Hetzer, den die Verwaltung auf dem Strich hat, und denke einmal nach, was für nützliche Subjekte bei der Eisenbahn noch vorhanden sind, sogar solche, die vor den gemeinsten Denunziationen ihrer eigenen Arbeitsgenossen nicht zurückschrecken. Ein solches Subjekt wird, was natürlich jeden Augenblick passieren kann, zum Vorgesetzten dessen gemacht, über den schon das Fallbeil der Entlassung schwebt, und der mit drei oder noch mehr roten Kreuzen bei der Verwaltung in der Kreide steht. Und nun Freund Eisenbahner, denke dir den Fall, du bist bei der Arbeit oder im Dienst, du ruhst dich für einen Augenblick von der Arbeit aus; da fährt dich plötzlich und unvermittelt ein solches der Verwaltung ergebenes Subjekt, was natürlich in diesem Augenblick dein Vorgesetzter ist, an und beleidigt dich dadurch, daß es dich anschreit, du seist faul, arbeitest überhaupt nicht und hieltest noch die anderen von der Arbeit ab. Und nun zum Ueberfluß kennst du den Bruder, der zwar jetzt dein Vorgsetzter ist und dir die Beleidigung zufügt, du aber ganz genau weißt, wenn er selbst mitarbeiten muß, daß er dann die Eigenschaften, die er dir jetzt frech ins Gesicht schleudert, in höchstem Maße selbst entwickelt, was wirst du nun tun? Vor allen Dingen wirst du erst einmal ganz spachlos sein, aber dann wirst du sofort deine Arbeit niederlegen, um diese Stätte zu verlassen, wo du so beleidigt worden bist, oder du wirst bei dem nächst höheren Vorgesetzten deine Beschwerde anbringen?

Nein, das wirst du alles nicht tun, denn es wird dich die Wut packen, wenn du nur noch einen Funken Ehrgefühl in dir hast und du nicht ganz und gar ein elender Knecht bist. Du wirst diesem Bruder auf der Stelle die Beleidigung zurückgeben, wenn du dich nicht noch zu ganz anderen Handlungen hinreißen läßt. Aber nun wird das eintreten, auf das man das Ganze angelegt hat, du fliegst raus, zumal, wenn du so ein Hetzer bist, der eine Anzahl roter Kreuze besitzt; dann kannst du darüber nachdenken, wie herrlich weit wir es schon wieder bei der Eisenbahn gebracht haben, und wie schnell die Fahrt geht, damit wir wieder zu den Verhältnissen gelangen, wo es nur Knechte und Herren, oder militärisch ausgedrückt, Vorgesetzte und Untergebene gibt. **Darum Augen auf, Eisenbahner, reingefaßt in die Speichen, damit der Karren nicht wieder in den vorkriegszeitlichen Sumpf hineinrast.** Stellt dieser übermütig gewordenen Bürokratie, die sich einst so feige vor euch verkroch, Klassenbewußtsein entgegen und stellt euch auf den Kampf ein, der nicht nur geführt werden muß um Verbesserung eurer wirtschaftlichen Lage, sondern deshalb, daß mit der frech gewordenen Gesellschaft ein- für allemal endgültig aufgeräumt wird.

Ein Vorstoß der Scharfmacher im Saargebiet.

Durch die Presse ging dieser Tage eine Wolf-Meldung, daß durch die Ablehnung des Schiedsspruches seitens der Arbeiter der Streik auf der Völklinger Hütte in verschärfter Form weiter geht. Wenn wir im Nachfolgenden auf diesen Streik etwas näher eingehen, so vor allem deshalb, weil dieser Kampf ohne Zweifel nur das Vorspiel eines gewaltigen Ringens zwischen der Arbeiterschaft und dem Unternehmertum in dem Saargebiet darstellt.

Als im Juni dieses Jahres die Arbeiter der Schwerindustrie im ganzen Saargebiet durch Lohnforderungen ihre wirtschaftliche Lage bessern wollten, antworteten die Unternehmer mit der Ankündigung eines 20prozentigen Lohnabzuges. Wir haben seinerzeit über die Kämpfe eingehend berichtet. Sie endeten damit, daß mit Hilfe der Gewerkschaftsführer ein Abkommen zustande kam, das den Unternehmern einen periodischen Abbau der Löhne um 20 Prozent gestattete. Dieser ist inzwischen durchgeführt und die Arbeiter haben heute einen um 20 Prozent gekürzten Lohn, während die Lebensmittelpreise im Laufe der letzten Wochen um über 30 Prozent gestiegen sind. Das bedeutet praktisch eine Verschlechterung der Lebenslage um 50 Prozent.

Dies genügt aber dem Unternehmertum noch lange nicht. Die Völklinger Hütte (Firma Röchling) will ihren Arbeitern weitere 20 Prozent, d. h. 400—500 Mark pro Monat, abziehen. Die Firma ist zu diesem Zweck — offenbar nach vorheriger Verständigung — aus dem Arbeitgeberverband ausgetreten. Der Direktor erklärte sogar in einer Verhandlung, daß, wenn sich das Werk rentieren soll (unter rentieren verstehen die Leute: Millionengewinne einheimsen), die Löhne mindestens um 50 Prozent gekürzt werden müßten. Nach der Ergebnislosigkeit der Verhandlungen sind die Arbeiter in den Streik getreten. Der ganze Streitfall ist einem Schlichtungsausschuß übergeben worden.

Nach Mitteilungen der bürgerlichen Presse sind den Mitgliedern des Schlichtungsausschusses von der Firma sämtliche Bücher und Belege des Werkes vorgelegt worden, woraus ihnen nachgewiesen (!!!) werden konnte, daß das Werk mit einem **monatlichen Defizit von 12 Millionen Mark** arbeitet. Ganz abgesehen davon, daß es selbst einem gewiegten Bücherrevisor nicht möglich sein wird, in einem solchen Riesenunternehmen mit der bekannten „guten" Buchführung Gewinn oder Verlust genau nachzuweisen, viel weniger den ungeübten Mitgliedern eines Schlichtungsausschusses, so ist es doch ein starkes Stück, der Arbeiterschaft ernstlich vorreden zu wollen, daß die Kapitalisten aus purer Freude am Geschäft jeden Monat 12 Millionen Mark verpulvern.

Der Schlichtungsausschuß ließ sich in seiner Mehrheit aber offenbar gerne von der Direktion beeinflussen und fällte einen Schiedsspruch, der ausspricht, daß im Interesse der Weiterexistenz des Werkes der Lohnabbau berechtigt sei.

Die Arbeiter lehnten den Schiedsspruch mit 4300 gegen 251 Stimmen ab (die Gesamtstärke der Belegschaft beträgt 5000 Mann).

Die Führer der christlichen Gewerkschaften, deren Vertreter im Schlichtungsausschuß für den Lohnabbau stimmten, forderten die christlichen Gewerkschaftsmitglieder auf, sich nicht an den Streikbeschluß zu kehren und die Arbeit sofort wieder aufzunehmen. Zunächst kam auch ein Teil dieser irregeleiteten Proletarier der Aufforderung nach, aber bald sahen diese ein, daß sie dadurch nicht nur an ihren Klassengenossen, sondern auch an ihren ureigenen Interessen Verrat übten. Sie erklärten sich mit der übrigen Arbeiterschaft solidarisch und nun ist der Streik allgemein.

Die Arbeiterschaft des Saargebiets, wie die ganz Deutschlands, muß diesen Kampf mit allem Interesse verfolgen, denn es ist außer allem Zweifel, daß, wenn dieser separate Vorstoß der Firma Röchling gelingt, das übrige Unternehmertum sehr bald mit ähnlichen Maßnahmen folgen wird.

Die vier Tage des Jean Gourdon.

8] Von Emile Zola.

Im Süden Frankreichs faßt man den Wein hart an, man behandelt ihn nicht gleich einem zimperlichen Fräulein wie im Norden. Er wächst auf gut Glück, ganz nach dem Willen des Regens und der Sonne. Die Stöcke stehen in zwei langen geraden Linien und treiben dunkelgrüne Schößlinge. In die Zwischenräume sät man Weizen oder Hafer. Ein Weinland gleicht einem unermeßlich großen Stück gestreiften Stoffes, der aus den grünen Streifen der Weinstöcke und den gelben des Weizens entsteht.

Männer und Frauen hockten in den Weinbergen und arbeiteten: sie schnitten Trauben ab und warfen sie in große Körbe. Mein Onkel und ich, wir gingen langsam über Stoppeläcker. Wo wir vorübergingen, drehten die Winzer ihre Köpfe herüber und grüßten uns. Bisweilen blieb mein Onkel stehen und sprach mit den ältesten Arbeitern.

„Hallo, Vater André, sind die Trauben reif, wird der heurige gut?"

Und die Bauern hoben ihre nackten Arme und zeigten uns in der Sonne lange, tintenschwarze Trauben, deren dicht aneinandersitzende Beeren von Fülle und Kraft strotzten.

„Sehen Sie, Hochwürden," riefen sie, „die sind noch klein. Einige wiegen mehrere Pfund. Seit zehn Jahren haben wir keine solche Ernte gehabt."

Dann traten sie wieder ins Laub zurück. Ihre braunen Jacken fleckten das Grün. Und die Frauen, mit einem leichten, blauen Tuche um den Hals, neigten sich barhaupt und singend. Kinder kugelten laut lachend in der Sonne und machten mit ihrem Toben die Arbeit im Freien erst recht lustig. Am Rande des Weinberges warteten große, unbeweglich stehende Karren auf die Trauben; scharf hoben sie sich vom hellen Himmel ab, und unablässig kamen und gingen Leute, und trugen volle Körbe herbei und leere wieder zurück.

Ich gestehe, stand ich inmitten meines Weinberges, so hatte ich stolze Gedanken. Ich fühlte, wie die Erde unter meinen Schritten Leben gab; das reife, allgewaltige Leben strömte in den Adern des Weinberges und erfüllte die Luft mit heißem Atem. Heißes Blut schlug in meinem Fleisch, ich war wie erhoben durch die Fruchtbarkeit, die dem Boden entströmte und in mir emporstieg. Die Arbeit dieses Volkes war mein Werk, diese Weinstöcke waren meine Kinder; das ganze Land war meine gehorsame und fruchtbare Familie. Voller Lust fühlte ich, wie meine Füße in die fette Erde einsanken.

Dann umfaßte ich mit einem Blick die Felder, die bis zur Durance hinuntergingen, mir gehörten diese Weinberge, diese Wiesen, diese Felder und diese Olivenbäume. Weiß schimmerte das Haus neben der Eichenallee; der Fluß sah aus wie eine Silberfranse am großen grünen Mantel meiner Weideplätze. Einen Augenblick lang glaubte ich, ich sei gewachsen, ich könnte, streckte ich die Arme aus, meinen ganzen Besitz an mein Herz drücken, die Bäume und die Wiesen, das Haus und die bebauten Felder.

Als ich so hinunterschaute, bemerkte ich auf dem schmalen Wege, der den Hügel heraufging, eine von unseren Mägden, die in großer Hast gelaufen kam. Sie achtete der Steine nicht, gegen die sie stieß, sie bewegte beide Arme in der Luft und machte uns erregte Zeichen. Eine furchtbare Aufregung sprang mir an die Kehle.

„Onkel, Onkel, sieh nur, wie die Marguerite rennt. . . . Ich glaube, es ist so weit."

Onkel Lazare wurde ganz blaß. Endlich war die Magd oben; sie sprang durch die Weinstöcke auf uns zu. Als sie vor uns stand, ging ihr der Atem aus; sie legte, dem Ersticken nahe, die Hände auf die Brust.

„So rede doch!" sagte ich. „Was gibt's?"

Sie stieß einen tiefen Seufzer aus, ließ die Hände herabfallen und konnte endlich dieses eine Wort sagen:

„Die Frau . . ."

Ich hatte genug gehört.

„Komm rasch, Onkel Lazare! Meine liebe, arme Babet!"

Und ich stürzte den Weg hinunter, die Winzer, die aufgesprungen waren, sahen mir lächelnd nach. Onkel Lazare, der mir nicht folgen konnte, schwang in Verzweiflung seinen Stock.

„He, Jean, Teufel auch! Warte doch auf mich. Ich will nicht zuletzt kommen."

Aber ich hörte nicht auf meinen Onkel und lief, was ich konnte.

Keuchend, voll Schreck und voll Hoffnung, kam ich im Hof an. Ich sprang die Treppe herauf, schlug mit der Faust an Babets Tür und stand lachend und weinend vor dem Zimmer. Die weise Frau machte die Tür ein wenig auf und sagte ärgerlich und leise, ich sollte nicht solchen Lärm machen. Verzweifelt und beschämt stand ich da.

„Sie können nicht herein," sagte sie. „Sie müssen im Hofe warten."

Und als ich mich nicht rührte, sagte sie noch:

„Alles geht gut. Ich werde Sie rufen."

Die Tür schloß sich wieder. Ich blieb davor stehen und konnte mich nicht entschließen, hinunter zu gehen. Ich hörte Babet mit gebrochener Stimme wehklagen. Und dann stieß sie einen furchtbaren Schrei aus, der mir wie eine Kugel ins Herz fuhr. Ein unwiderstehliches Verlangen ergriff mich, die Tür mit den Schultern einzudrücken. Um diesem Verlangen nicht nachzugeben, hielt ich mir mit beiden Händen die Ohren zu und rannte wie toll die Treppe hinunter.

Im Hofe begegnete ich meinem Onkel, der noch ganz außer Atem war. Der Gute mußte sich auf den Brunnenrand setzen.

„Nun," fragte er, „wo ist das Kind?"

„Ich weiß nicht . . . man hat mich an die Luft gesetzt . . . Babet hat Schmerzen und weint."

Wir blickten einander an und wagten kein Wort zu sprechen. Angstvoll horchten wir und ließen Babets Fenster nicht aus den Augen, wir versuchten durch die kleinen weißen Vorhänge zu sehen. Der Onkel zitterte und stützte sich schwer und unbeweglich auf seinen Stock; mich packte das Fieber, und mit großen Schritten ging ich hin und her. Bisweilen lächelten wir einander unruhig an.

Die Karren der Winzer kamen einer nach dem andern. Die Traubenkörbe wurden hinter eine der Mauern gestellt, und Männer traten mit nackten Füßen die Trauben in hölzernen Kufen und kelterten sie so. Die Maulesel wieherten, die Kutscher fluchten, und der Most fiel mit dumpfem Klucksen in die Tiefe des Kübels. Herber Duft stieg in die feuchte, warme Luft.

Und ich ging weiter auf und ab, wie betäubt durch diesen Geruch. Mein armer Kopf wollte zerspringen, ich dachte an Babet und sah das Blut der Trauben fließen. Ich empfand mit geradezu körperlicher Freude, daß mein Kind in der fruchtbaren Zeit der Ernte, im Duft des jungen Weines zur Welt kam. Die Ungeduld quälte mich, ich stieg wieder hinauf, aber ich wagte nicht anzuklopfen, ich drückte mein Ohr an die Tür und hörte die Klagen Babets, die ganz leise schluchzte. Da verlor ich den Mut und verwünschte ihre Qual. Onkel Lazare, der mir vorsichtig nachgestiegen war, mußte mich wieder in den Hof hinunterführen. Er wollte mich ablenken und sagte mir, der Wein sei vortrefflich; aber er sprach, ohne seine eigenen Worte zu hören. Und dann schwiegen wir beide und lauschten angstvoll auf einen lauteren, längeren Klageton, den Babet ausstieß.

Allmählich wurden ihre Schreie leiser, nur noch ein schmerzliches Wimmern, wie die Stimme eines Kindes, das im Einschlafen weint. Dann eine große Stille. Mir wurde dieses Schweigen bald unheimlich. Das Haus erschien mir leer, da Babet nicht mehr schluchzte. Ich wollte eben wieder hinaufgehen, da öffnete die weise Frau geräuschlos das Fenster. Sie beugte sich heraus und machte mir ein Zeichen mit der Hand:

„Kommen Sie!"

(Fortsetzung folgt.)

Ausland.

Horthy will die Stunde nutzen.

Es ist heute gewiß überflüssig, sich des Längeren über die Bedeutung Horthy-Ungarns für die europäische Konterrevolution zu verbreiten. Sicher ist, daß diese weiße Zitadelle in den letzten Monaten für die internationale Reaktion an Wichtigkeit gewonnen hat, daß Horthy-Ungarn neben Kahr-Bayern den festesten Stützpunkt und besten Rückhalt der weißen Armeen bildet. Die enge Verbindung und das innige Zusammenwirken Ungarns mit Bayern schon vor vielen Monaten angestrebt und eifrig betrieben, ist in der letzten Zeit praktisch erreicht worden. Es sind keine Vergnügungsreisen, die die Orgeschhäuptlinge nach Ungarn und die Horthykreaturen nach Bayern unternehmen und kein Zufall, daß die Außenpolitik Bayerns und Ungarns der Entente — insbesondere Frankreich — gegenüber eine immer einheitlichere Linie aufweist. Hier sei nur auf die Schwenkung Ungarns in der slowakischen Frage hingewiesen: um vorerst das Hauptziel, die innere Festigung und Unterstützung Frankreichs zu erreichen, sucht Ungarn in der letzten Zeit jeden Schritt zu vermeiden, der die Tschechoslowakei den Bundesgenossen Frankreichs verstimmen oder irgendwie zu einer energischeren Abwehr provozieren könnte. Ungarn ist im Gegenteil eifrig bestrebt, mit Jugoslawien und der Tschechoslowakei ebenso wie mit Rumänien zum Abschluß von Handelsverträgen und zu freundschaftlichen Beziehungen zu gelangen. Eine Politik, die kraß jener entgegengesetzt ist, die Ungarn in den letzten Monaten Oesterreich gegenüber betrieben hat und die auf dessen politische und finanzielle Schwächung mit allen Mitteln hinarbeitete.

Die Erklärung für diese Politik Horthys wird erst gefunden, wenn man sich die Bedeutung Westungarns für das Horthyregime richtig vor Augen führt. Das Burgenland hat für Horthy eine ganz andere Bedeutung als z. B. die Slowakei und das Banat, in deren Abtretung sich die „Erwachenden Magyaren" viel rascher gefunden haben. Aber diesmal handelt es sich nicht um eine nationale oder Prestigefrage, nicht einmal so sehr um eine wirtschaftliche. Westungarn ist für Horthy das Aufmarschgebiet gegen Wien, gegen jenen proletarischen Stützpunkt, der ihm die direkte Verbindung mit den Heimwehren Oberösterreichs und Tirols und den Orgeschtruppen Bayerns sperrt; Westungarn ist das beste und bequemste Ausfalltor der Pronay- und Hejjastruppen gegen die österreichischen Munitionsfabriken bei Wiener Neustadt. Der Besitz Westungarns ist für die magyarische Konterrevolution nicht eine nationale, sondern, wenn man so sagen darf, eine militärtechnische Frage.

So ist es denn auch kein Wunder, daß der Ruf: „Westungarn in Gefahr" die in den letzten Monaten stark zerklüfteten monarchistischen Lager in Ungarn vorübergehend wieder geeinigt und zu einer einheitlichen Abwehr zusammengeschlossen hat. Die Führer der Terrorgarden, die Hejjas, Pronay, Osztenburg sind horthystisch antihabsburgisch, der Oberkommissar Westungarns Sigray, der Oberst Léhar und der gewesene Präsident der „Erwachenden Ungarn" Szmrecsanyi, die Häupter der Legitimisten. Nichtsdestoweniger arbeiten sie jetzt einträchtig und fieberhaft zusammen. Wissen sie doch alle zu gut, daß der Verlust des Burgenlandes nicht nur eine Verkleinerung der Operationsbasis der Horthygarden bedeuten würde. Westungarn war ja auch das Rekrutierungs- und Dislozierungsgebiet für die Brachialformationen. Hier auf dem flachen Lande konnten die weißen Formationen verhältnismäßig leicht bequartiert und verpflegt werden, hier gab es genug zum Requirieren und Plündern und nirgends brachten die „Exekutionen" gegen die „reichen Juden", die Weinhändler und Großkaufleute so reiche Beute wie hier.

So begann denn das Spiel mit verteilten Rollen: die ungarische Regierung erklärte sich bereit, das Burgenland zu räumen, ordnete offiziell die Demobilisierung der Armee an — gleichzeitig wurden die Brachialtruppen als Gendarmeriekorps und Polizei- sowie Zollorgane erklärt und inoffiziell an der Aufrüstung Westungarns mit allen Kräften gearbeitet. Und nun regiert Osztenburg in Oedenburg, der größte Teil Westungarns ist fest im Besitz der Horthytruppen und alles andere rollt sich in kleinerem Maßstab genau so ab, wie drüben in Oberschlesien: Protest des Obersten Rates, Ultimatum der Entente an Ungarn, vollkommen unklare und hinterhältige Haltung der Ententemissionen, die mit hochtrabenden Worten „Ungarn zur Mäßigung auffordern" und dabei offensichtlich mit Horthy und seinen Offizieren unter einer Decke stecken, blutige Kämpfe, Banden- und Guerillakrieg.

In diesem Augenblick ist es interessant, die Haltung der österreichischen Regierung und ihrer Parteien zu betrachten. Die österreichischen Verbündeten Horthys die Christlichsozialen reiben sich frühvergnügt die Hände, ihre Führer arbeiten mit den Horthyoffizieren zusammen, ihre Vertrauensleute bei der Gendarmerie und Verwaltung sabotieren und intrigieren nach Herzenslust. Die Sozialdemokraten aber sind wieder einmal ehrlich entrüstet über den schnöden Undank der Ententeregierungen, die statt Oesterreich für die Brachialen und die anständige und geduldige Haltung der sozialdemokratischen Partei zu belohnen, mit dem bösen Ungarn paktieren, über die Verworfenheit der Christlichsozialen: über die Schlappheit der Deutschnationalen, deren nationales Empfinden so gar nicht den Vergleich mit dem der Sozialdemokraten aushält.

Für das revolutionäre und klassenbewußte Proletariat Oesterreichs gibt es nur eine Parole: Bewaffnung der Arbeiterschaft und Sicherung der Grenze gegen Ungarn durch verläßliche Volkswehr- und Arbeiterschutzbataillone. Gewiß kann es nicht die Aufgabe des österreichischen Proletariats sein, sich in kriegerische Abenteuer für die Eroberung des Burgenlandes zu stürzen und sich so in das nationale Schlachtfeld der Großdeutschen und eines Teiles der Sozialdemokraten nehmen zu lassen. Ebenso verderblich aber wäre es, pazifistischen Tendenzen nachzugeben. Und wenn auch vieles dafür spricht, daß die westungarische Frage für den Augenblick noch friedlich bereinigt werden wird, daß Horthy den offenen Bruch heute noch scheut, so wäre es geradezu verbrecherisch, sich in Sicherheit wiegen zu lassen und die große und die kleine Entente als die Bürgen der österreichischen Selbständigkeit anzusehen. Heute hat gerade das tschechoslowakische und das österreichische Proletariat — so beschränkt auch die Wirkungsmöglichkeiten des letzteren sein mögen — die Pflicht, alles daran zu setzen, um eine Ausbreitung der Herrschaft des weißen Terrors über Oesterreich und die Tschechoslowakei nach Bayern hinüber, mit allen Mitteln zu verhindern. Es ist wahrlich nur noch ein schäbiger Rest von Freiheit, der den Arbeitern in der Schieber- und Wucherrepublik geblieben ist, aber er kann wenigstens noch dazu ausgenutzt werden, die Abwehr und den Aufmarsch des Proletariats zu organisieren. Die Zerstörung aller demokratischen und pazifistischen Illusionen ist die erste Vorbedingung dazu, die Bildung der aktiven proletarischen Einheitsfront über die Köpfe aller sozialdemokratischen Führer hinweg die zweite.

*

Horthy triumphiert!

(TA.) Wien, 12. September.

Wie der Korrespondent der „Neuen Freien Presse" meldet, haben die ungarischen Truppen das von den Oesterreichern geräumte Gebiet bis zur alten Grenze besetzt. Mittags traf die Vorhut der ungarischen Infanterie in Mattersdorf ein. Flüchtlinge, die die Linie passieren konnten, berichten, daß in allen Orten Haussuchungen und Verhaftungen vorgekommen sind. Die Räumung des Burgenlandes durch die Oesterreicher hat sich reibungslos vollzogen.

Die Lohnkämpfe im Reiche.

Kämpfe in Ostpreußen.

Am 1. September wurden in Goldap sämtliche Holzarbeiter und Tischler ausgesperrt. Am 5. September traten in Gumbinnen die Bauarbeiter wegen Lohnforderungen in den Ausstand. Auch in Eydkuhnen und Stallupönen legten die Bauarbeiter die Arbeit nieder, da ihre Forderung auf 2 M. Stundenlohnerhöhung nicht bewilligt wurde. Dieselbe Forderung stellten die Maurer und Zimmerer in Marienburg. Auch sie traten in den Ausstand. In Gumbinnen, Heiligenbeil, Mehlsack, Pillkallen und Memel sind die Metallarbeiter in den Streik getreten. Eine Reihe anderer Orte bereitet eine Metallarbeiterbewegung vor, da die Unternehmer zu geringe Zugeständnisse an die Arbeiter machen wollen. In Landsberg traten die Transportarbeiter wegen Lohnforderungen in den Streik. Der Kampf der Buchdrucker in Marienwerder hat mit einem vollkommenen Siege der Arbeiter geendet. Auch die Lehrlinge und Hilfsarbeiter streikten mit, wodurch die Kampfkraft der Buchdrucker wesentlich gestärkt wurde.

Vom Magdeburger Generalstreik.

Der Streik in Magdeburg, der eine große Anzahl von Arbeiterkategorien umfaßt, hält an. Die Führung liegt in den Händen einer 21gliedrigen Zentralstreikleitung und eines Fünferausschusses. Nur diese Leitungen dürfen über Sonderabmachungen usw. entscheiden. Wie das Gewerkschaftskartell mitteilt, laufen bereits zahlreiche Anträge von Firmen um Gestattung von Wiederaufnahme der Arbeit ein, mit Angeboten von 2 bis 2,50 M. Stundenzulage. Diese Tatsache ist der beste Beweis für die Richtigkeit eines einheitlichen Vorgehens der Arbeiterschaft.

Lohnbewegungen in Leipzig.

Die Tabakarbeiter in Leipzig haben Lohnforderungen gestellt. Bisher sind die Verhandlungen wochenlang von den Unternehmern verschleppt worden. Nunmehr soll eine endgültige Entscheidung erzwungen werden. — In der chemischen Industrie Leipzigs ist ein Schiedsspruch gefällt worden, zu dem die Arbeiter in einer Konferenz endgültig Stellung nehmen werden.

Die Lohnbewegung im Bergbau geht weiter.

Der Asabund teilt mit, daß das Angebot der Unternehmer betr. Gehaltserhöhung der kaufmännischen Angestellten im Ruhrbergbau als unzureichend angesehen wird. — Die in Halle geführten Lohnverhandlungen für das mitteldeutsche Braunkohlenrevier sind am 8. September abgebrochen worden. Die Arbeiterschaft macht eine Verständigung über die Löhne in den innerdeutschen Revieren abhängig von der Verständigung in den deutschen Randrevieren.

Abwehrstreik in Völklingen (Saargebiet).

Die Firma Röchlingsche Eisen- und Stahlwerke hatten durch Anschlag zum 1. September d. J. einen Lohnabzug von 39 Centimes pro Stunde angekündigt, was pro Monat 450 M. ausmacht. Alle Verhandlungen haben sich zerschlagen. Die 5000 Beschäftigte zählende Belegschaft ist in den Abwehrstreik eingetreten. Zuzug ins Saarrevier ist fernzuhalten. Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck ersucht.

Zum Streik in der Berliner Filmindustrie.

Die Lage hat sich verschärft. Die Unternehmer sind teilweise dazu übergegangen, ihre Arbeiter und Arbeiterinnen für entlassen zu erklären. Diese von dem Unternehmertum längst geübte Methode wird auf die Filmarbeiter ebensowenig Eindruck machen wie auf die übrige Arbeiterschaft. Die Arbeiter der Filmindustrie werden den Kampf um so einiger und geschlossener fortsetzen bis zur Erfüllung ihrer berechtigten Forderungen.

Der Sieg der städtischen Angestellten Berlins.

Der am Sonnabend beschlossene Streik der städtischen Angestellten setzte am Montag vormittag vier Uhr mit voller Wucht ein. Das Fehlen der Betriebsbeamten in den Werken hatte zur Folge, daß die Arbeiterschaft erklärte, ohne die sachverständige Aufsicht der Techniker, Werkmeister und Maschinenmeister die Strombelieferung nicht fortführen zu können, so daß der gesamte Straßenbahnverkehr und überhaupt die Stromversorgung der Stadt unterbunden war. Die Organisationen hatten sofort ein Telegramm an den Magistrat Berlin gerichtet, in dem sie sich „zu Verhandlungen über Beilegung des Streikes und Verrichtung von Notstandsarbeiten" bereit erklärten. Gleichzeitig war auch von den Angestellten telegraphisch das Reichsarbeitsministerium um Vermittlung angegangen worden. Um 11 Uhr erfolgte eine Besprechung mit Herrn Oberbürgermeister Boeß, in deren Verlauf die Stromversorgung der Stromgrube der Weidendammer Brücke ohne diegeringsten Schwierigkeiten zugestanden wurde. Um 1½ Uhr fanden dann im Handelsministerium, in Anwesenheit eines Vertreters des Preußischen Ministeriums des Innern, des Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg und eines Vertreters des Reichsarbeitsministeriums auf Wunsch des Oberbürgermeisters Boeß Vermittlungsverhandlungen statt. — Die Vertreter der Ministerien brachten bei dieser Beratung zum Ausdruck, daß der dem Magistrat vom Verband der Kommunalbeamten- und -Angestellten Preußens suggerierte Standpunkt ganz unhaltbar sei, und in den bestehenden Gesetzen keinerlei Grundlagen hätte. Daraufhin faßte die sofort einberufene Magistratssitzung um 6½ Uhr den Beschluß, in sofortige Verhandlungen über den Abschluß eines Tarifvertrages einzutreten. Die Stadträte Brühl und Dr. Adler überbrachten dies Ergebnis der Zentralstreikleitung. Im Anschluß daran fand eine Verhandlung im Reichsarbeitsministerium statt, die folgendes Resultat zeitigte:

Die Vertreter der Streikleitung beantragen, das Reichsarbeitsministerium möge den Vorsitz in den Tarifverhandlungen der städt. Gas- und Elektrizitätswerke und Häfen übernehmen. Der Magistrat Berlin ist bereit, unter dem Vorsitz des RAM. in die Verhandlungen einzutreten. Die Vertreter der Streikleitung erklären: Der Streik wird noch in dieser Stunde abgebrochen, wenn das RAM. den Vorsitz übernimmt und Termin auf morgen früh festsetzt. Den Herren wurde eröffnet: Das Reichsarbeitsministerium ist bereit, die Verhandlungen, wie beantragt, stattfinden zu lassen.

Damit ist das Streikziel erreicht. Der Streik ist sofort abgebrochen und die Stromversorgung Berlins wieder aufgenommen.

Landarbeiterstreik im Mansfeldischen.

Mehrere tausend Landarbeiter sind am Montag im Mansfelder Gebirgskreis in den Ausstand getreten, weil die Arbeitgeber es abgelehnt haben, mit dem Freien Landarbeiterverband einen Tarif abzuschließen. Die Schlichtungsinstanz ist angerufen worden.

Aussperrung im Lauchhammer-Werk.

Wegen des ungenügenden Entgegenkommens der Werksleitung in bezug auf die Lohnforderungen der Arbeiter legten 500 Arbeiter die Arbeit nieder, um neue Verhandlungen durchzusetzen. Die Direktion antwortete, indem sie den ganzen Betrieb schloß und 2500 Arbeiter aussperrte.

16½ Wochen Streik — dreißig Mark Lohnerhöhung.

Nach 16½wöchentlicher Dauer hat der Streik der Maschinisten und Heizer im Stettiner Hafen mit der Erreichung ihres Zieles von 30 Mk. Lohnerhöhung geendet. Der Zentralverband der Maschinisten und Heizer bemerkt aber heute schon zu dem Ergebnisse, daß das Ergebnis nicht allzulange vorhalten wird und daß neue Kämpfe in Aussicht stehen. Weit über ein Vierteljahr Kampf und die Ergebnisse des Kampfes sind schon wieder überholt. Das ist das Resultat der unzusammenhängenden isolierten Lohnkämpfe.

Streiks in Mitteldeutschland.

Die Belegschaft der „Grade-Motorwerke", etwa 400 Köpfe, die an dem großen Magdeburger Streik beteiligt ist, ist am Freitag ausgesperrt worden. Die Arbeiter der Maschinenfabrik R. Wolf in Aschersleben sind wegen Lohnforderungen in den Streik getreten. Etwa 1500 Arbeiter und Arbeiterinnen kommen in Frage. — Mit 2120 gegen 770 Stimmen entschied sich die Belegschaft des Eisenhüttenwerks Thale für den Streik, nachdem die Lohnforderungen und der Vermittelungsvorschlag des Demobilmachungskommissars von seiten des Arbeitgeberverbandes abgelehnt worden sind. — Auch die Bergarbeiter der Grube „Vereinigte Friederike, Hammersleben" sprachen sich mit überwältigender Mehrheit für die Aufnahme des Kampfes aus.

Lohnkämpfe an der Wasserkante.

Der Transportarbeiterstreik in Hamburg wurde beendet, nachdem für die Kutscher und Kraftwagenführer eine Lohnerhöhung von 75 Mk. erreicht wurde. Die dreimonatliche Gültigkeitsdauer macht das Abkommen für die Arbeiter wertlos. — Die Glasschleifer sind wegen Lohnforderungen in den Streik getreten.

Bergarbeiterstreik.

Wegen Maßregelung eines Steigers befindet sich die Belegschaft der Zeche „Zentrum" bei Wattenscheid, sowie die der ebenfalls den Rheinischen Stahlwerken in Meiderich angehörende Zeche „Morgensonne" im Streik.

Der Streik in Warschau.

Der Streik der städtischen Angestellten in Warschau ist beendet; nur die Arbeiter der Gaswerke haben die Arbeit noch nicht wieder aufgenommen.

*

In Lemberg ist eine „kommunistische Werbezentrale" aufgehoben worden, die, nach den beschlagnahmten Papieren, „hauptsächlich Komplotte gegen die rumänische Regierung in Bessarabien geplant haben soll"; zahlreiche Personen sind verhaftet worden.

Ausbreitung des französischen Textilarbeiterstreiks.

Nach einer Havas-Meldung aus Neuviremont sind 3000 Textilarbeiter im Tal der Mosel und Moselotte in den Ausstand getreten. Sie verlangen Respektierung der zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern geschlossenen Abmachungen und Wiederherstellung der 15prozentigen Teuerungszulagen. Die Bewegung droht, sich weiter auszudehnen.

Paris, 13. September.

Wie aus Neuviremont gemeldet wird, greift der Streik in der Textilindustrie immer weiter um sich. Seit gestern sind 12 neue Betriebe in Mitleidenschaft gezogen und die Gesamtzahl der Streikenden beträgt zur Zeit 10 000.

Textilarbeiterstreik in Belgien.

Die belgische Bourgeoisie stößt bei ihrem Versuch des Lohnabbaues auf den Widerstand der Arbeiter. In Verviers sind 4000 Arbeiter aus 12 Textilfabriken in den Streik getreten.

Neue Arbeitslosendemonstrationen in England.

(TA.) London, 12. September.

In London ist es in einigen Quartieren zu neuen großen Arbeitslosendemonstrationen gekommen. Tausende von beschäftigungslosen Arbeitern vereinigten sich zu einem gewaltigen Zuge und begaben sich nach dem Unterstützungsbüro, wo eine Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung verlangt wurde. In Bristol wurden weitere vier Delegierte der Arbeitslosen verhaftet. Die wütende Menge stürzte sich auf die Polizisten und wollte die Verhafteten befreien, doch gelang es der Polizei, die Menge zu zerstreuen.

Der englische Gewerkschaftskongreß für Sowjetrußland.

Wie die Blätter melden, drückte der Gewerkschaftskongreß in Cardiff in einer Entschließung sein tiefstes Mitgefühl mit dem russischen Volke in seinem augenblicklichen Unglück aus und

forderte die britischen organisierten Arbeiter auf, das russische Volk finanziell bis zum Aeußersten zu unterstützen.

Der Generalrat wurde in der Entschließung aufgefordert, einen Fonds zur Bekämpfung der russischen Hungersnot zu gründen.

Die britische Regierung wurde aufgefordert, die russische Regierung anzuerkennen.

Der Gewerkschaftskongreß bewilligte ferner als Spende für Sowjetrußland 1000 Pfund Sterling.

„Die Sowjetregierung ist absolut zuverlässig."

In der Völkerbundsversammlung vom 9. Sept. hielt Nansen eine längere Rede über das Hilfswerk, das das ungeheure Elend in Rußland lindern soll. Er erklärte in kategorischer Weise, daß man

bei der Durchführung des Hilfswerkes sich in jeder Weise auf die Sowjetregierung verlassen könne.

Er habe bereits bei den Verhandlungen über die Rückbeförderung der Kriegsgefangenen die Erfahrung gemacht, daß die Sowjetregierung streng ihre Verpflichtungen erfülle. Trotz des Kriegszustandes habe sie mehr als die versprochene Anzahl Gefangener heimtransportiert. Auch die Kleider für die Kriegsgefangenen sind trotz des ungeheuren Wertes, den die Bekleidungsstücke in Rußland haben, stets unter die ausländischen Soldaten verteilt worden. Es könne daher kein Zweifel darüber bestehen, daß die Sowjetregierung jetzt, wo es sich um Rußland selbst handele, absolut zuverlässig sei. Diese Erklärungen machten tiefen Eindruck in der Versammlung und auf der Tribüne.